

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Sonnabend

23. August 1924

Verlag und Einzelgenabteilung: Gefäßtagel 5-5 Uhr

Verleger: Dietrich-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2300-2307

Ministerreden im Reichstag.

Heute alles ruhig, Schwarz fehlt. - Marx, Luther, Stresemann sprechen.

Die Regierungserklärungen konnten heute ungehindert vom Stapel gehen. Herr Schwarz ist nicht da. Er hat das Feld kampflos geräumt und an das Haus einen Schreibbrief gerichtet, worin er gegen den Ausschluß Einspruch erhebt.

Herr Marx, der Reichstanzler, geht heute aus Vorsicht nicht ans Rednerpult, sondern bleibt auf seinem Platz. Die Vorsicht ist unbegründet, es wird heute nicht mehr gebrüllt, sondern nur noch ein wenig gepiepst. Auch das verstummt bald. Die Weltrevolution im Reichstag ist vorläufig wieder einmal abgesetzt.

Herr Marx hat inzwischen begonnen, seine Erklärung zu verlesen. Trocken und gelassen. Er sagt nichts, was nicht schon oft gesagt worden wäre. Nur zum Schluß erhebt der Reichstanzler Stimme und Hand, um zu erklären: die Hoffnung und Erwartung des besetzten Gebietes dürfte nicht betrogen werden. Darin nicht - was heißt das? Was geschieht, wenn die Deutschenationalen es dennoch darauf anlegen, diese Hoffnungen zu betrügen? Der Kanzler ist zu vorsichtig oder zu diplomatisch, sich jetzt schon darüber zu äußern.

Etwas lebhafter wird der Reichsfinanzminister Dr. Luther. Er schildert mit mathematischer Präzision, Zahl an Zahl aneinanderreihend, was eintreten muß, wenn der Londoner Vertrag zum Teufel geht. Das Bild wirkt nicht gerade anheimelnd. Auch die Landwirtschaft bleibt in ihm nicht vergessen, die besonders unter der Kreditnot leidet und der die Scklinge dann nur noch viel fester um den Hals sitzen wird. Herr Luther spricht auch davon, daß ihm von keiner Seite Angebote gemacht worden seien, mehr Steuern zu zahlen, wenn es die Not des Landes nach Scheitern des Londoner Vertrages erfordere, daß vielmehr mit dem Steuerstreik gedroht würde. Die Herren Landwirte tun dabei, als ob sie das nichts angehe, oder als ob sie es nicht verstünden.

Eine kluge Regie hat Herrn Stresemann an den Schluß der ministeriellen Rednerliste gesetzt. Herr Stresemann ist nun einmal der Sprechminister, und er bestatigt seinen Ruf in einer klug aufgebauten und zum Schluß hinreichend vorgezogenen Rede, die ihm den stürmischen Beifall der Mittelpartei einträgt. Mit größerer sachlicher Schärfe ist der nationalsozialistische Demagogie selten zu Leibe gegangen worden, als heute durch Herrn Stresemann, der in früheren Zeiten auf diesem Gebiet schließlich doch auch einiges zu leisten gewußt hatte. Wichtig in seiner Rede ist die Mitteilung, daß am 15. Dezember d. J. also nach dreieinhalb Monaten, die Alliierten zu einer Konferenz zusammenzutreten wollen, in der über die Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar nächsten Jahres beschloffen werden soll. Fällt dieser Beschluß positiv aus - und das wird sicher der Fall sein, wenn der Dawes-Plan in Kraft gesetzt wird und die letzte Militärkontrolle günstig erledigt ist - dann kann natürlich auch die Befreiung der Ruhr nicht über den 10. Januar ausgedehnt werden, und dann hätten wir statt der einjährigen Räumungsfrist eine solche von nicht mehr ganz fünf Monaten. Auf die Rechte bleibt allerdings auch die Aussicht, wie es scheint, ohne jeden Eindruck.

Herr Stresemann betont, daß sich die Situation für Deutschland doch gänzlich geändert habe, da es jetzt mit seinen Rechtsauffassungen nicht mehr allein stehe, in der Welt nicht mehr so isoliert sei wie früher. Er vergißt hinzuzuführen, daß diese Wendung erst dadurch eintreten konnte, daß in England die Arbeiterpartei aus Ruher kam, in Frankreich die Sozialisten Einfluß auf die Regierung gewannen. Er spricht mit Recht den bedeutungsvollen Satz: „Von Versailles nach London war ein weiter Weg.“ Er hätte erwähnen können, daß Erzberger und Rathenau auf diesem Wege erschossen liegen. Er tut es aber nicht.

Nachdem Herr Stresemann uner rauschendem Beifall und Händeklatschen gendert, gibt Herr Koch für die Mitte die Erklärung ab, daß sie den Präsidenten bei allen Maßnahmen zum Schutz des Hausrechts unterstützen werde. Für die Deutschenationalen schließt sich Schulz-Bromberg, für die Bagerische Volkspartei Leicht der Erklärung an. Die Kommunisten fragen in höhnischen Zurufen, wo die Sozialdemokraten bleiben. Sie schweigen nicht etwa, weil sie gegen Wahrung der Ordnung und der Würde des Hauses wären, die sie im Gegenteil aufs dringendste verlangen, sondern sie schweigen, weil sie diesem Präsidenten, zumal nach den Proben von gestern keine Vertrauensklärung abzugeben geneigt sind. Herr Kay schwächt dann noch einiges über die Entwaffnung der Demokratie, die dadurch eintreten werde, daß man die Schupo in den Reichstagsgebäuden wolle. In Berührung mit der Schupo zu kommen, scheint den Kommunisten gar nicht so eilig zu sein, wie die reibungslose Erledigung des Falles Schwarz beweist.

Wenn aber Herr Schwarz meint, die Demokratie berechtige ein paar Pauschungen, die Stätte der Volksvertretung in eine Kaschemme zu verwandeln, so spricht er von der Demokratie, wie er sie versteht.

Vor dieser Geschäftsordnungsdebatte hatte der Reichstag die Ausschließung des Herrn Schwarz einstimmig, wie nicht anders zu erwarten war, gegen die Stimmen der Kommunisten gutgeheißen.

Die nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr.

Zollvorlage und Reichsregierung.

Die Spannung im Reichskabinet wegen der Zollvorlage hält an. Die demokratische Fraktion leistet nach wie vor dagegen Widerstand, daß die Zollvorlage jetzt an den Reichstag gebracht werde. Es scheint auch zwischen einem demokratischen Reichsminister und der demokratischen Fraktion über diese Vorlage eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zu herrschen.

Die Reichstagsitzung.

Haus und Tribünen sind gut besucht. Am Regierungstische: Reichstanzler Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Graf Kanitz, Reichswirtschaftsminister Hamn.

Der kommunistische Abg. Dr. Schwarz befindet sich nicht im Saale.

Präsident Wallraferöffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit der Erklärung, der Abg. Dr. Schwarz, den er auf Grund des Artikel 28 der Reichsverfassung kraft des ihm zustehenden Hausrechts ausgeschlossen habe, habe einen schriftlichen Einspruch eingereicht. Der Präsident verliest den bereits bekannten Wortlaut des Einspruchs. Er fügt hinzu, der Einspruch stehe zwar nicht auf der Tagesordnung, er bitte aber um das Einverständnis des Hauses, ihn noch auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar an die zweite Stelle. (Unruhe bei den Kommunisten)

Darauf erhält der Reichstanzler Marx das Wort zur Erklärung der Regierung. Sofort legen wieder die Rufe der Kommunisten ein: Amnestie, Herr Reichstanzler! Justizminister! Der Reichstanzler beginnt trotzdem seine Rede, worauf die Rufe der Kommunisten sofort verstummen.

Reichstanzler Marx:

Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzutragen und Ihre Zustimmung zu den Londoner Beschlüssen sowie zu den zu ihrer Durchführung erforderlichen Gesetzen zu erlangen. Die in London gefassten Beschlüsse bestimmen, in welcher Weise das Gutachten der Sachverständigen seine Durchführung finden soll.

Unsere heutige Beschlußfassung, welche die Ermächtigung zur Durchführung des Gutachtens, zur endgültigen Annahme jener Kosten und zur Einführung jener in die deutsche Verwaltung, das deutsche Finanz- und Wirtschaftswesen so tief eingreifenden neuen Instituts bedeutet, hat eine weitgehende Bedeutung als jene Beschlußfassung, welche das Dawes-Gutachten als Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems annimmt. Jetzt handelt es sich darum, Gesetzen zuzustimmen, welche tiefgreifende organisatorische Änderungen in Deutschen Reich bedingen, Veränderungen, welche in einem Punkte sogar eine Abweichung von den Bestimmungen der Reichsverfassung erfordern. Somit gilt es heute, eine größere Verantwortung zu übernehmen, eine schwerere Entscheidung zu treffen, und es ist eine selbstverständliche Forderung, wenn bei einer solchen Entscheidung alle in Frage kommenden Gesichtspunkte rückhaltlos erörtert und sorgfältig werden.

Wir räumen uns nicht eines Erfolges, den wir in London erlangen hätten. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit, die wir in London zu vollbringen hatten, nicht derart war, daß sie große Erfolge hätte davontragen können. Das Gutachten der Sachverständigen ist für das deutsche Volk in seinem innersten Wesen ebensowenig erfreulich wie der uns auferlegte Versailler Vertrag.

Die Aufgabe der Reichsregierung und die Aufgabe der Delegation in London bestand nur darin, Widerlungen dieser Last zu erstreben, Bedingungen und Verhältnisse zu schaffen, um die Durchführung des Gutachtens in einer für die Lebensnotwendigkeiten und die nationale Würde des deutschen Volkes erspäglichsten Weise zu gewährleisten. Ohne den Ausführungen der Herren Sachminister und der Kritik des Hauses vorzuziehen zu wollen, glaube ich feststellen zu dürfen, daß die deutsche Delegation in London

in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand, in mancher Hinsicht aber eine Verbesserung erreicht hat.

Als wir nach London kamen, fanden wir die in mehrwöchigen Verhandlungen zustande gekommene abgeschlossene Arbeit der alliierten Mächte vor. Die uns von dem Vorsitzenden der Konferenz gleich bei unserer Ankunft übergebenen Beschlüsse der Alliierten stellten - wie Sie wissen - ein mühsam zustandegedachtes Kompromiß dar, aber trotzdem haben wir uns nicht einen Augenblick belassen, mit aller Entschiedenheit und Offenheit die deutschen Bedenken und Ausstellungen an den gefassten Beschlüssen vorzubringen. Zum erstenmal seit Beendigung des Krieges haben wir in gleichberechtigter Verhandlung unsere Gegenvorschläge mit den Delegationen der alliierten Mächte besprochen können. Ein großer Teil unserer Gegenvorschläge ist von den Alliierten als berechtigt anerkannt und als Änderungen der gefassten Beschlüsse angenommen worden. Es ist mir ein Bedürfnis, auch an dieser Stelle die objektive und unparteiische Leitung der Konferenz durch den englischen Ministerpräsidenten anzuerkennen, und ich lege Wert auf die Feststellung, daß der in der Presse erhobene Vorwurf, daß der deutschen Delegation in London ein Ultimatum gestellt oder ein Diktat vorgelegt worden sei, durchaus unbegründet ist.

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz sind für Deutschland zweifellos eine schwere Belastung, sind doch auch sie nichts anderes als Auswirkungen des verlorenen Krieges. Aber dennoch stellen sie

gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt dar und dienen dem von uns allen erstrebten Ziele der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und der Wiederherstellung der deutschen Freiheit, insbesondere in den besetzten Gebieten.

Wie dem ganzen deutschen Volke, so lag auch der deutschen Delegation in London bei allem, was sie tat, vor allem die Sorge am Herzen,

deutsches Land von der Besetzung durch fremde Truppen zu befreien.

Wenn unsere Bemühungen nicht das Ergebnis gezeitigt haben, das wir erstrebten und das jeder Deutsche herbeigehnt hat, so ist das in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß den Parteien in London noch vielen Richtungen hin die Hände gebunden waren, und daß Faktoren sich in den politischen Verhandlungen geltend machten, die sich als stärker erwiesen als der Verständigungswille der Führer. Ich denke hier in erster Linie an das Problem der interalliierten Schulden.

Es ist uns nicht gelungen, die sofortige militärische Räumung der nach unserer Überzeugung vertragswidrig besetzten Gebiete zu erreichen, eine Rechtsauffassung, die nach wie vor auch von der englischen Regierung geteilt wird. Wenn wir uns trotzdem in dieser Frage mit geringeren Zugeständnissen nach barem Entschluß abgefunden haben, so zwang uns dazu die Erkenntnis, daß wir bei Ablehnung des Zugeständnisses eine große Anzahl unserer bedrängten Volksgenossen um ihre Hoffnung auf baldige Befreiung betrogen und darüber hinaus das wirtschaftlich günstigere Ergebnis der Londoner Konferenz überhaupt ernsthaft gefährdet hätten.

Ich erwache es als meine Pflicht, dem deutschen Volk meine ehrliche Überzeugung, die wohl von allen deutschen Konferenzteilnehmern geteilt wird, in Offenheit auszusprechen, daß auf der Londoner Konferenz

zum ersten Male seit Kriegsende wieder ein Geist der Verständigung und der ernsthaften Wille zur friedlichen Regelung der traurigen Kriegshinterlassenschaft lebendig waren. Dieser Geist und dieser Wille haben sich angeichts der immer noch vorhandenen Widerstände noch nicht ritlos durchgesetzt, haben nicht den vollen Sieg davongetragen, wohl weniger aus dem Grunde, daß die Mächte noch einer Verständigung widerstrebten oder ihre jetzigen Führer dem endlichen Siege der politischen und wirtschaftlichen Vernunft noch Widerstand leisten, als wegen der unseligen Bindungen, Verpflichtungen und Berechnungen politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Art, die bedauerliche Auswirkungen der Liquidation des Weltkrieges sind. Aber durfte die deutsche Delegation, durfte Deutschland durch starrs Festhalten an seinem Rechtsstandpunkt, durch eine Alles-oder-Nichts-Politik die offenkundig sich anbahnende Verständigung hindern und durch Unnachgiebigkeit, die vielleicht vorübergehend wieder einmal eine starke nationale Leidenschaft hätte aufkommen lassen, erneut sich als Störenfried hinstellen lassen. Die deutsche Delegation in London war nach langen Erwägungen und nach Ausbepfung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel einmütig der Überzeugung, daß eine Ablehnung der französisch-belgischen Zugeständnisse in der Räumungsfrage auf absehbare Zeit nicht eine Besserung, sondern eher eine Verschlechterung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten verurteilt haben würde, und daß zugleich auch die durch das Gutachten und die Londoner Konferenz erstrebte erspägliche Lösung der Reparationsfrage in unabsehbare Ferne gerückt worden wäre. Die Verantwortung dafür haben wir nicht übernehmen können.

Wir haben vor den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens namens ihrer Regierungen

die bedingungslose Zusage, daß das Ruhrgebiet spätestens am 13. August 1925 geräumt sein wird.

Wir haben weiter vom Ministerpräsidenten Herriot, von dem ich die Überzeugung gewonnen habe, daß er den ehrlichen Willen hat, mit Deutschland in ein quieszierendes Verhältnis zu gelangen, das Versprechen erhalten, daß die Räumung des Ruhrgebiets viel schneller durchgeführt werden soll, wenn die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich weiter fortgeschritten sei. Um uns seinen Beweis seiner ehrlichen Absicht zu geben, wird der französische Ministerpräsident am Tage nach der Unterzeichnung des Londoner Paktes den Befehl zur Räumung der Zone Dortmund-Hörde-Lünen geben, die dann gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Räumung vollzogen werden wird. In der gleichen Zeit sollen auch alle übrigen nach dem 11. Januar 1925 außerhalb des Ruhrgebiets besetzten Distrikte und Landstreifen rheinwärts und rheinabwärts geräumt werden. Das bedeutet ein Gebiet, das größer ist als das preussische Saargebiet. Die Räumung Offenburgs und Appenweilers ist über diese Zusage hinaus bereits vollzogen. Wenn die Unterschrift in London geleistet ist und von unserer Seite die Voraussetzungen durch die Annahme der Gesetze gegeben sind, werden rund 900 000 Deutsche sofort von fremder Besetzung frei werden. Wir haben weiter sowohl von Frankreich und Belgien wie auch von England die bindende Zusage, daß die auf Grund des Londoner Ultimatus besetzten Sanktionsgebiete Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort spätestens am Tage der Ruhräumung frei sein werden. Unsere Bemühungen, eine etappenweise Räumung des Ruhrgebiets herbeizuführen, wurden von Herriot nachdrücklich abgelehnt, mit dem Hinweis darauf, daß bei einer Festlegung von Etappen und Terminen die von ihm ernstlich erstrebte schwere Räumung des ganzen Ruhrgebiets erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde. Die Vereinbarung über die Räumung werden in einem Notenwechsel zwischen der französischen und belgischen Regierung einerseits und der deutschen Regierung andererseits festgelegt und von Ramsay MacDonald in seiner Schlussrede auf der Konferenz ausdrücklich erwähnt, so daß damit auch diese Vereinbarung in die Akten der Konferenz aufgenommen worden ist. Daß die deutsche Regierung

die so getroffene Regelung der Räumungsfrage nicht als eine endgültige ansieht, es vielmehr jetzt als ihre erste Aufgabe betrachtet, die auch von Herriot in Aussicht gestellte Räumung des Ruhrgebiets und der anderen Sanftionsgebiete zu erreichen, ist selbstverständlich.

Wenn somit auch nur ein erfolgversprechender Anfang erzielt ist, so sind wir doch berechtigt, vor allem im Hinblick auf die zahlreichen Sicherungen, welche das Gutachten und die Londoner Abmachungen vorsehen, insbesondere auf den weitestgehenden Schutz der geltenden Schiedsgerichtsgedanken, mit Zuversicht an die Fortführung des Werkes heranzugehen. Wie sei es gestattet, indem ich Ihnen das Gesamt zur Annahme empfehle, abschließend einen Gedanken auszusprechen, der bei Ihren Entscheidungen eine gebührende Berücksichtigung finden muß. Es ist der Gedanke an die ernste Alternative, vor der wir stehen.

Was teilt ein bei einer Ablehnung der Londoner Vereinbarungen, welche Folgen haben wir für unser Volk und unsere heimische Wirtschaft zu erwarten, wenn die in London erzielte Regelung nicht zur Wirklichkeit wird, sondern der gegenwärtige Zustand auf unbestimmte Dauer fortbesteht?

Ich sage bewußt auf unbestimmte Zeit, denn es kann für denjenigen, der die gegenwärtige Lage der Weltpolitik überblickt, keinem Zweifel unterliegen, daß die Londoner Konferenz eine Chance bot, die so leicht nicht wiederkehren wird. Die über alles Erwarten weitgehende Umstellung der amerikanischen Politik, welche sich aus der großen Reserve der letzten Jahre unter dem Banner des Dawes-Gutachtens wieder zur aktiven Mitarbeit an dem europäischen Problem entschlossen hat, droht zu scheitern, wenn das Panier dieser neuen Marschrichtung, das Gutachten selber, von einem der Hauptbeteiligten in Europa abgelehnt wird. Nicht viel hätte gefehlt, daß das Gespenst der insaislandierten Schulden bereits in London die Verhandlungen gesprengt hätte; nur durch notdürftige Kompromisse ist es gelungen, diese Gefahr zu bannen. Wären wir die in London getauften Fäden wieder auf, so erlöste diese Gefahr aufs neue, und die Folgen, insbesondere auf die Haltung Amerikas, von dem wirtschaftlich Europas Schicksal abhängt, sind nicht abzusehen.

Auf diese Gefahr hinzuweisen und an alle Parteien dieses Hauses die erste Mahnung zu richten, sich der Verantwortung der zu treffenden Entscheidung bewußt zu sein, hatte ich für meine höchste vaterländische Pflicht. Wer es vor seinem Gewissen und dem deutschen Volke verantworten zu können glaubt, in dieser Stunde der Entscheidung über Deutschlands Schicksal auf Jahre hinaus die Durchführung des Sachverständigenberichts und der Londoner Vereinbarungen zu verhindern, der hat die erste, heilige Pflicht, in dieser Stunde und an diesem Ort einen anderen Weg zu weisen, der unser Volk aus seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not herausführen kann und uns die Befreiung des besetzten deutschen Landes sichert. Dieser Weg muß aber gleich beschritten werden können und muß kurz sein, sonst wird er Deutschland ins Verderben führen.

Denn eine Ablehnung des Londoner Vertrages bedeutet zunächst jedenfalls die Verstärkung aller der Hoffnungen, die das deutsche Volk und insbesondere unsere Brüder im besetzten Gebiet hegen. Industrie und Landwirtschaft werden noch mehr als bisher unter der ständig zunehmenden Kreditnot zu leiden haben. Ob bei unserer blutigeren Wirtschaft unsere mühsam bisher gehaltene Währung nicht neuem Verfall entgegenstreben wird, ist eine bange Frage. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die allgemeine Not in den breiten Massen des Volkes aber ist eine sichere Folge. Auf den besetzten Gebieten wird der furchtbare militärische Druck unvermindert weiterlasten und die Abschürfung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten werden. Hunderte gefangene Deutsche, die für ihr Vaterland sich eingesetzt haben, werden weiter in den Gefängnissen schmachten; diesen Tausenden von Ausgewiesenen wird die Rückkehr in die Heimat weiter verweigert bleiben.

Eine furchtbare Verantwortung lastet jetzt auf dem Reichstag. Seine Entscheidung wird nach meiner innersten Überzeugung für Deutschland Segen oder Fluch bedeuten. Das ganze deutsche Volk, die ganze Welt richten ihre Blicke auf uns. Das besetzte Gebiet, dem unter aller heftigsten Wut gehen, hat seinen Willen uns kundgetan. Seine Hoffnung ist erwacht, sie darf nicht betrogen werden!

Die Rede des Reichslanzlers wird wiederholt durch Gelächter und höhnische Zurufe der Kommunisten und auch einiger Deutschnationalen unterbrochen, namentlich an den Stellen, wo von Deutschlands nationaler Würde und von Deutschlands Souveränität die Rede ist. Auch die Rufe: „Zuchthauslanzler!“ wiederholen sich. Der Schluß der Rede ruft bei der Mehrheit lebhaften Beifall hervor, der von den Kommunisten

mit Appl.-Rufen beantwortet wird. Die Deutschnationalen enthalten sich jeglicher Kundgebung.

Als nunmehr Reichsfinanzminister Dr. Luther die Rednertribüne betritt, rufen ihm die Kommunisten zu: „Ober-Schieber!“ Da er sich nicht vernehmlich machen kann, ruft der Finanzminister den Kommunisten erregt zu: „Ihnen scheint die Wahrheit außerordentlich unangenehm zu sein!“ Die Zwischenrufe der Kommunisten werden darauf nur noch lauter. Präsident Wallraf verwahrt die Rufe und erklärt: „Das Land hat ein Recht und ebenso der Reichstag, die Ausführungen der Regierung zu hören.“ Der Abg. Eppstein (Komm.) erhält für einen beleidigenden Jurist einen Ordnungsruf. Endlich kann der Minister beginnen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther:

Ich will das Gegenbild oder genau, ich will vor Ihnen die Tatsachen darlegen, die Sie selbst in den Stand setzen sollen, zu sehen, was wird, wenn der Londoner Abmachung nicht zugestimmt wird. Ich gehe dabei von der Annahme aus, daß ein erheblicher Zeitraum ablaufen wird, bis etwa ein neues Abkommen fertig ist.

Obgleich es völlig unbestritten ist, daß sich unsere Gesamtwirtschaft in einer schweren Krise befindet, so will ich dennoch nach dieser Richtung einige Umstände besonders erwähnen. Ein guter Gradmesser für den Zustand des Wirtschaftslebens ist stets die Bewegung der Erwerbslosigkeit. Nun hat die Erwerbslosigkeit in diesem Jahr seit dem 1. Juni erheblich zugenommen. Wir sind im unbesetzten Gebiet von rund 210 000 Erwerbslosen am 1. Juni auf rund 328 000 am 1. August angestiegen, d. h. innerhalb von zwei Monaten um annähernd 60 Proz., und zwar ohne die nicht genau bekannte Zahl der Kurzarbeiter und der nicht unterstützten Erwerbslosen. Das sind nun gerade Monate, in denen ein erheblicher Bedarf der Landwirtschaft an Hilfskräften sich auswirkt. Wenn in diesem Jahre die Erwerbslosenzahlen steigen, so verdirbt sich dahinter eine besonders starke Zunahme der Erwerbslosigkeit im Wirtschaftsleben außerhalb der Landwirtschaft. Dieser Umstand wird mit aller Schwere ausbrechen, sobald die Hilfsbeschäftigung in der Landwirtschaft aufhört. Aus dem besetzten Gebiet füge ich hinzu, daß von insgesamt 450 000 Kohlenarbeitern im Ruhrgebiet bereits jetzt rund 80 000 erwerbslos sind, dazu häufen sich die Nachrichten aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet, wonach weitere nennenswerte Entlassungen bevorstehen.

Ein zweiter wichtiger Gesichtspunkt zur Beurteilung des Wirtschaftslebens ist der Zustand der Handelsbilanz. In der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1924 haben wir einen Einfuhrüberschuß von einer Milliarde 600 Millionen Mark gehabt. Bei der Betrachtung der Steuerlage erwähne ich vorweg, daß das Reich zurzeit in einem außerordentlich schwierigen Zustand zu stehen hat. Das Reich wird sogar unter Jurisdiktion des aus mehreren Gründen sehr dringenden Wunsches, nach Bildung eines hinreichenden Betriebsfonds in der Lage sein, für eine begrenzte Uebergangszeit die erwartete Anleihe zu beschaffen. Eine Abmachung dieser Art ist, wie aus den Druckdaten ja bekannt ist, in London getroffen worden. Etwas ganz anderes aber ist die Frage, wie sich bei Nichtannahme des Londoner Abkommens die Finanzlage gestalten wird. Diese Frage kann man nur beurteilen, wenn man einen kurzen Ueberblick auf die Finanzverhältnisse des Reichs seit der Stabilisierung der Mark wirft. Von vorübergehenden Störungen abgesehen, hat das Reich seit diesem Zeitpunkt seine dringenden Verpflichtungen erfüllt, allerdings erst, nachdem es durch die Notgesetzgebung des letzten Winters auf einen sehr erheblichen Betrag an sich beschuldigter Ansprüche die Zahlungen teils einstellt, teils ausgesetzt hat. Das Reich hat überdies in dieser Zeit für Kursstützung bei der Goldanleihe aus den oft erörterten zwingenden Gründen bis zum heutigen Tage rund 570 Millionen Mark ausgegeben. Diesen Leistungen steht nun aber auf der anderen Seite die Tatsache gegenüber, daß das Reich seit der Stabilisierung einen erheblichen Betrag einmaliger Einnahmen gehabt hat, die ihrer Natur nach nicht wiederkehren. Da ist vorab der Rentenmarkkredit von rund einer Milliarde Mark. Weiter ist aus der Prägung von Rentenmünzen ein Gewinn von 118 Millionen Mark entstanden, wozu ein Gewinn aus der Prägung von Silbermünzen hinzutreten wird. Auch einmalige Steuererinnahmen hat das Reich in dieser Zeit in erheblichem Umfang gehabt, nämlich aus der Rhein-Ruhr-Abgabe, der Betriebsabgabe und der Obligationensteuer, zusammen etwa 330 Millionen Mark.

Dazu kommen die Beträge der Abschlußzahlungen auf die Einkommensteuer 1922/23 mit schätzungsweise 175 Millionen Mark. Diese Summe, die zusammen mindestens 1,6 Milliarden ausmacht, ist bis auf einen kleineren Rest, der unseren Betriebsfonds

darstellt, verbraucht. Würdigt man dieses Bild, so ergibt sich, daß wir seit der Stabilisierung keineswegs allein von den laufenden Einnahmen gelebt haben, sondern aus einmaligen Einnahmen. Der Ausblick in die Zukunft wird aber wohl noch viel ernster, wenn man den Zustand bei den laufenden Einnahmen betrachtet. Seit einigen Monaten hat im Zusammenhang mit der ganzen Not unserer Wirtschaft die Steuerfähigkeit offensichtlich abgenommen. Darüber hinaus hat sich in der Wirtschaft, zum Teil unter Führung großer Wirtschaftskörpers, eine Bewegung entwickelt, die grundsätzliche Hinausschiebung von Steuerterminen oder allgemeine Nachlässe erstrebt. Daß sogar Fälle vorgekommen sind, in denen zum Steuerfrei ausgerufen wurde, will ich hier nur erwähnen, nicht ohne hinzuzufügen, daß gegen solche Erscheinungen selbstverständlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes eingeschritten wird. Jedenfalls aber muß man aus allen diesen Dingen schließen, daß in der deutschen Bevölkerung durchaus die objektiven und auch die subjektiven Voraussetzungen für eine Gesamteigerung der Steuerbelastung fehlen. Während der Londoner Verhandlungen waren die Zeitungen voll Kundgebungen, deren Ziel die Herabsetzung der Steuern war.

Das Ergebnis hinsichtlich der laufenden Einnahmen ist also das, daß ohne Annahme der Londoner Abmachungen mit einer Verminderung der laufenden Einnahmen, keinesfalls aber mit einer Vermehrung gerechnet werden muß. (Zusammenfassung) Bleibt die Frage, ob eine Verminderung der Ausgaben des Reichs durchführbar ist. Einer erneuten Herabsetzung der Beamtengehälter und der sozialen Unterstufungsbeiträge stehen sicherlich die schwersten Bedenken entgegen. Die Ausgabenrückstellungen, die seit Beginn des Rechnungsjahres seitens des Reichsfinanzministeriums gegenüber den Sachverwaltern vorgenommen sind, dürften auch nicht immer aufrecht zu erhalten sein, da die Ausgaben vielfach nur hinausgeschoben sind. Auf der anderen Seite aber wäre ohne Zweifel mit steigenden Ausgaben zu rechnen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei einem Abbrechen der Verhandlungen die Besatzungsmächte im Westen auf eine Fortsetzung der Gewaltpolitik zur Erlangung von Sachlieferungen und zur Auspressung der in ihrer Gewalt befindlichen deutschen Wirtschaft verzichten würden. Nun hat die Wirtschaft des besetzten Gebiets bis über zum großen Teil aus eigener Kraft bestritten. Im Rahmen der Ricum-Verträge hat das Reich allerdings in den letzten Jahren schon eine gewisse Hilfe gewähren müssen. Es scheint mir ganz sicher zu sein, daß die Wirtschaft des besetzten Gebietes die Ricum-Verträge von sich aus allein nicht mehr weitertragen kann.

Die Reichsregierung wird infolge dessen vor die Notwendigkeit gestellt sein, hierfür erhebliche Mittel bereitzustellen. Wenn dann diese Mittel, wie anzunehmen, nicht vorhanden sein werden,

so wird ein öffentlicher wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch im Ruhrgebiet drohen

und damit die größte Gefahr für ganz Deutschland. Das Gesamtergebnis der Betrachtung der Finanzlage des Reichs ist also das:

1. Wir haben seit der Stabilisierung einen erheblichen Zuschuß aus einmaligen Einnahmen zur Aufrechterhaltung der Reichsfinanzen nötig gehabt.
 2. Die laufenden Einnahmen werden bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen angesichts der Krise unserer Wirtschaft zurückgehen.
 3. Die Ausgaben des Reichs werden sich nicht vermindern, sondern sich vermehren.
- Das so gewonnene Bild bekommt sein ganzes Schwergewicht aber erst, wenn man die Entwicklung ins Auge faßt, die unser Wirtschaftsleben nach menschlicher Voraussicht für den Fall nimmt, daß der Londoner Abkommen nicht zugestimmt wird. Was unserer Wirtschaft so außerordentlich fehlt, ist, wie allgemein bekannt, der Kredit. Die Kreditnot nun würde bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen unermesslich stark steigen. Die Kreditpolitik der Reichsbank müßte auf der ganzen Linie zur äußersten Zurückhaltung zurückkehren.

Bei der Landwirtschaft würde hinzukommen, daß der Plan, durch Umgründung der Rentenbank die Hunderte von Millionen landwirtschaftliche kurzfristige Kredite in langfristige Kredite umzuwandeln, gegenstandslos würde. Es ist bestimmt anzunehmen, daß bei solcher Gestaltung der Dinge die da zahlreich laufenden kurzfristigen ausländischen Kredite bei Fälligkeit nicht aber keinesfalls zu den gleichen Bedingungen verlängert würden.

Solche Verschärfung bedeutet dann wiederum weitere Arbeitslosigkeit, die weitere Arbeitslosigkeit bedeutet Erhöhung der Aus-

Der Mensch.

Von P. Slavetzkoff.

Da der Schöpfer der Welt war's, da begab sich der Mensch zu seinem Herrn und sprach folgendes: „Als Mensch hast du mich geschaffen, sage mir nun, wie lange und auf welche Weise ich weiterleben, wie ich mich fortzürsten und nähren werde!“

Gott gab ihm zur Antwort: „Dreißig Jahre wirst du leben, alles verzeihen, was eben dein Herz begehrt und deiner Gesundheit befehlend ist, und dir wird auch noch das Recht zustehen, über alle Dinge hienieden zu gebieten.“

Nun redete der Mensch weiter: „O, Herr, ich danke dir für das schöne Dasein, das du mir zubereiten wirst, doch sind meine Lebensjahre allzu kurz bemessen.“

Und der Schöpfer erwiderte daraufhin: „Sehe und setze dich in jene Ede.“

Jetzt kam der Büffel zum Herrn und sprach wie folgt: „Und mich hast du als Lasttier erschaffen. Sage mir nun, wie lange ich leben, was für Dinge ich verrichten, ja, womit ich mich erhalten werde?“

Gott antwortete darauf: „Siehst du jenen Mann, der sich da in der Ede zusammenkauert hat? Sein Schutzbefehlener bist du. Deine Arbeit wird darin bestehen, die Erde zu ackern und Wagen zu ziehen; Heu wird deine Kost sein und dreißig Jahre wirst du leben.“

Hierauf entgegnete der Büffel: „O, Herr, solch eine Schinderei verleihe mir doch ein bißchen die Dauer meines Lebens.“

Raum hatte der Mann in der Ede dieses Gesamtner betommen, zählte er Gott zu und flüsterte ihm ins Ohr: „Nimm meinnetwegen eine Anzahl seiner Lebensjahre weg, um sie mir zu schenken!“

Und der Welterschaffer sagte lächelnd: „Gut, beide will ich geseherweise zufriedensstellen.“ Und so bekam denn die Lebensdauer des Menschen einen Zuwachs von zwanzig Jahren.

Jetzt kam der Hund an die Reihe. Auch er wollte wissen, wieviel Jahre er leben, was er treiben, womit er sich erhalten werde. Da sagte der himmlische Herr zu ihm: „Siehst du nicht jenen Mann dort in der Ede? Ihn allein bist du unterstellt und dir wird es obliegen, seinen Brotgeber und dessen Familie, seine Herde und seine Besitztümer zu bewachen. Brotkrumen wirst du fressen und die Knochen abragen, die von seinem Tische herabfallen werden. Ein Alter von dreißig Jahren wirst du erreichen.“

Der Hund mußte jedoch über diese Verheißung und ersuchte, daß ihm ein kürzeres Dasein zubekommen werde. Der Mann in der Ede sprach dabei Gott ins Ohr, dieser möge ihm, auf Kosten des Hundes, eines längeren Daseins teilhaftig machen.

Und wiederum lachte der Schöpfer und sprach: „Zur beiderseitigen Zufriedenheit soll es geschehen!“

Und nun sollte der Mensch sechzig Jahre leben, der Hund bloß zehn.

Endlich kam der Affe an die Reihe und sagte: „Herr, von dir bin ich als Affe erschaffen worden; sage mir nun, wie lange und wodurch ich existieren soll und welche Arbeit ich zu verrichten habe.“

Auch er bekam zur Antwort: „Siehst du jenen Mann, der in der Ede sitzt? Der wird über dich verfügen, dich mit Eßeln, Nüssen und anderem Obst füttern. Du hingegen wirst ihn durch dein Spiel unterhalten und erheitern und seine Kinder vergnügen. Dreißig Jahre wird dein Leben währen.“

Der Affe sagte: „Das wird aber ein Elendleben werden! Verkürze ein klein wenig mein Dasein!“

Da fiel der Mensch neuerdings ein und schlug Gott vor, er möchte nochmals seine Jahre auf Rechnung des Affen vermehren. Gott lachte und tat es. Weitere zwanzig Jahre wurden nun dem Menschen bekehrt.

Und siehe! Bis zu seinem dreißigsten Lebensjahr führt der Mensch ein freies, frohes Dasein, von dreißig bis fünfzig des Elendlebens eines Jüglers, indem er sich ein Loch ausbuddelt, für Weib und Kind sich schindet und plagt, sein ganzes Streben danach richtet, Geld zu verdienen. Und ist er einmal fünfzig Jahre alt, da zermartert er seinen Kopf, wie er seine Barschaft vordiebst auflegen soll. Wo ist er dann wie ein wachsender Hund. Und das geht so fort, bis er ein Siebzighjähriger geworden ist. Er wird brummig und zänkisch, steht mit den Seinigen auf Kriegsfuß, stets sucht er Anlaß, um zu plärren, zu kuchen, zu streiten. Man sechzig bis neunzig führt er ein Affenleben. Man hält ihn zum Besten und man belächelt ihn. Er ist dem Säugling gleich oder ebenso unbeholfen wie das Mefflein.

(Aus dem Bulgarischen von Jenod Surenjan.)

Bühnengrumpel. Ferdinand Bonn, der berühmte Schauspieler, dessen Ruhm mindestens soviel auf seiner Fähigkeit, von sich reden zu machen, als auf seinen schauspielerischen Gaben beruht, hatte gestern im Lustspielhaus seinen großen Tag. Nach seiner Meinung. Uns anderen, die wir, einem altnordischen Völkchen Stück schuldig preisgegeben, im Parkett saßen, stahl sich wieder das dauernde Böse ins Gesicht. Er spielte den Casanova in einem Lustspiel von Ernste Bromski, „Der Teufelsadvokat“, mit den Mitteln einer überalterten, abgestandenen Schauspielerkunst, die wir längst überwunden glauben. Mit majestätischer Habnengrandezza stolzierte er auf der Bühne herum, formte mit Genuß seine Worte, nicht wie ein natürlicher Mensch, sondern wie ein Behälter der Bühnensprache, lachte nicht aus der Seele, sondern aus dem Brustkasten, und fühlte sich im Mittelpunkt des Geschehens. Wir wissen, daß er auf seine Unfähigkeit stolz ist, wir kennen die Gebiete, auf denen er Meister zu sein glaubt. An seinen Vorbatterkranz reiht sich ein neues Blatt. Lächeln wir das Geheimnis: der Verfasser des „Teufelsadvokaten“ ist kein anderer als Bonn selbst, der große Ferdinand. Und wenn er es nicht wäre, so würde doch Ernste Bromski sein

nächster Geistesverwandter sein. Das Lustspiel ist genau so verfaßt wie seine Schauspielkunst. Die Liebesgeschichte strahlt schonen Mädchen, die Nonne werden will, weil sie sich getuschelt wähnt, aber nur das Opfer unwehrscheinlicher Intrigen ist. Mächtliche Verwechslungen, unterschlagene Besuche, ein Bauscher im Nebenraum, das sind so die morschen Bretter, aus denen das Stück zusammengeklammert ist. Natürlich ist sich zum Schluß alles in Butter auf. Der Banau ist restlos bedient. Zumal an seine Hirnleistung gar keine Anforderungen gestellt werden. Es fragt sich, was in aller Welt die Dichtung vorantreibt, das alte Gerümpel von Lustspiel auf die Bühne zu bringen. Künstlerischen Wert hat es nicht, das Spannung der Handlung wird durch endlose und öde Zwiesgespräche zerstört, Geist hat es auch nicht — aber Joten hat es, ohne Witz und ohne Geschmack. Die Schauspieler, die ihre kultiviertere Kunst an die lächerliche Sache setzen, vor allem Berthold Rose und Valtesca Stock, kann man nur bedauern. Dgr.

Im Teatnon-Theater fand gestern die Erstaufführung eines so genannten Schwanen „Der Familienfick“ statt. Berante vorläufig für dieses Nachwerk zeichnet Eduard von der Bede. Lieber den Inhalt des Stückes läßt sich nur sagen, daß es eine Häufung von unwahrscheinlichen Situationen und Plottheiten darstellt, bei der kein Punkt von Humor und Witz ausblüht. Selbst die krassesten Verusche Julius Falkensteins, als Damenimitator und atypischer Gauschneider etwas Leben in die Bude zu bringen, blieben erfolglos. Der Gesamtindruck des Stückes war gähnende Langeweile. Die Schauspieler, die an derartigen Stücken mitwirken müssen, sind nicht minder zu bedauern wie das damit beglückte Publikum. W. E.

Vogel Strauß als Opfer der Mode. Aus Südafrika wird berichtet, daß der Strauß in den letzten Jahren immer seltener wird. Der Bestand an diesen Riesenvögeln soll von 900 000 auf 120 000 Exemplare zurückgegangen sein. Der Grund zu dieser Abnahme lie in der starken Nachfrage zu suchen, die in Amerika und Europa nach den kostbaren Federn des Vogels besteht. Sollte sich der Bedarf nicht verringern, so ist das Aussterben der wertvollen Tierart unausbleiblich. Der Modenwahn des weltlichen kaphokischen Luxusierens, das bereits den Paradiesvogel so gut wie ausgerottet hat, wird dann triumphieren können; alles für mich!

Uranio-Vorträge. Theater: Freitag 5, 7, 9 Uhr: „Kagabate, des Menschenfresser.“ Kleiner Saal: Sonntag, 8. Uhr: „Der Schicksal.“ Groß Saal: „Das Werden des Menschen“ und „Kanzel der Götter.“

China Club. Freunde ökonomischer Kunst und Kultur haben sich zusammengefunden, um in China Club die Berlin einen neuen kulturellen und gesellschaftlichen Mittelpunkt zu schaffen. Annahmungen und Anfragen an Herrn van Hoorste, Berlin-Grunewald, Teplitzer Str. 23, oder an Herrn P. Sommerau, Berlin, Kurfürstendamm 90.

Samstag in Ruhland. Wie wir erklären, ist von Moskau aus der Film „Solntschik“ vorbereitet worden. Er ist aber unter Sowjetaufsicht zustande gekommen. Reist im Anschluß an Lollois erregende Erzählung die Tragedie eines russischen Feldjungen dar und gilt als der beste russische Film. Aber was ist's? Er hat keine Sowjet-Lernung und die Bauern betrunken sich darin. Das darf nicht sein, es könnte die Bauern irre machen.

gaben der öffentlichen Verbände zur Arbeitslosenfürsorge und auf der anderen Seite Verminderung ihrer Einnahmen infolge der sinkenden Steuerkraft. (Zustimmung.) Auf diesem Wege muß der Zeitpunkt kommen, wo Reich, Länder und Gemeinden ihre einfachsten Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Erwähnen will ich nur ausdrücklich, daß der Ausweg einer neuen Inflation durchaus unmöglich ist.

Als wir es zum ersten Male gemacht haben, war Deutschland im Vergleich zu heute noch reich. Es waren also Werte vorhanden, die auf dem Wege der künstlichen Geldschaffung abgebaut werden konnten. Das ist ja das Schicksal der Hypotheken, der Obligationen und der öffentlichen Anleihen. Jetzt aber ist Deutschland blutarm. Die Inflation würde mithin in kürzester Frist ein groteskes Ausmaß annehmen und dieselben Zustände hervorrufen, die Mitte November 1923 in allerletzter Stunde durch Herausbringung der Rentenmark vermieden worden sind. Die Forderung aus dem, was ich Ihnen entwickelt habe, liegt für mich auf der Hand.

Der gesamte Zustand unserer Wirtschaft zwingt zur Annahme der Londoner Abmachungen. Alles einzelne, was wirtschaftlich in Betracht kommt, aus der ungeheuren Fülle des Stoffes vorzutragen, bin ich nicht imstande. Daß die Gesamtlage außerordentlich hoch und daß die Eingriffe in das Eigenleben des deutschen Volkes außerordentlich schwer sind, darüber kann kein Zweifel sein. Auf der anderen Seite ist gewiß, daß nur bei Annahme der Londoner Abmachungen unserer Wirtschaft die Erleichterungen verschafft werden können, nach denen sie mit Recht verlangt, nämlich die Anpflanzung unseres Steuersystems an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und ein fühlbarer Abbau der Eisenbahnrate, deren Stand durch die Verhältnisse an Ruhr und Rhein in die Höhe getrieben ist.

Wenn ich so das, was uns nach menschlicher Voraussicht erwartet, wenn das Londoner Abkommen abgelehnt wird, gegenüberhalte, den Zustand des Londoner Abkommens mit allen seinen Lasten und Schweregeleiten, so scheint mir der Weg der Zustimmung unvermeidlich. Ich wage es auch, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk, wenn es sich arbeitet und tapfer spart, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswürdigen Bedingungen endlich seinen Wiederaufstieg beginnen wird. (Beifall der Reichstagsmitglieder.)

Nachdem der Reichsfinanzminister unter lebhaftem Beifall der Mehrheit geschlossen hatte, ergiff

Außenminister Dr. Stresemann

das Wort. Er begnügt sich nicht damit, über den Inhalt des Londoner Vertrages zu berichten, sondern er ergreift die Offensive und antwortet auch schlagend auf die Zwischenrufe der äußersten Rechten und Linken. Gegenüber den Deutschnationalen und Nationalen, die immer behauptet haben, die Franzosen denken gar nicht daran, das Ruhrgebiet zu räumen, betont Stresemann, daß Herrriot, der sich verpflichtet habe, über die Räumungsfrage nicht zu verhandeln, dies schließlich doch getan hat, nachdem er die Zustimmung seiner Ministerkollegen dazu erlangt hatte. Der Verlauf der Londoner Verhandlungen beweise aber, daß Deutschland nicht einmündig die Räumung des Ruhrgebiets erreichen konnte dadurch, daß es sie verlangte. (Geschrei der Völkischen: Vorher haben Sie anders gesprochen!)

Im Ausdrücklichen Ausschuss habe ich schon vor unserer Reise nach London gesagt, daß die sofortige Räumung kaum zu erreichen sein werde. Wir würden darauf drängen, daß sie in einer Frist erfolge, die nicht nach Jahren, sondern nach Monaten zählt. Das haben wir erreicht. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Minister schildert dann, von den Völkischen oft unterbrochen, den Gang der Verhandlungen über die Räumung. Im Vergleich zu dem ursprünglichen französischen Standpunkt in der Räumungsfrage habe London doch sehr wesentliche Vorteile für Deutschland gebracht. Die Rechte bezeichnen auf der einen Seite Herrn Herriot als einen Mann, dessen Räumungsverprechen nicht zu trauen sei, auf der anderen Seite stellt sie ihn wieder als einen harmlosen friedlichen Menschen hin, der aus einer Ablehnung des Dames-Bonnes durch Deutschland gar keine Konsequenzen ziehen würde. Wenn auch nicht formell, so bestand doch tatsächlich ein gewisser Zusammenhang zwischen den handelspolitischen Wünschen Frankreichs und der Räumungsfrage. Die deutsche Delegation hat London verlassen, ohne sich in handelspolitischen Fragen irgendwie zu binden. Es war für Deutschland sicher besser in bezug auf den Erdemittler der militärischen Räumung etwas nachzugeben, statt für die künftigen wirtschaftlichen Verhandlungen die Trümmer vorher aus der Hand zu legen. (Beifall der Völkischen.) Es ist in London auch erreicht worden, daß die Frist für die Räumung sechs bis acht Wochen früher läuft als die übrigen Fristen. (Zuruf eines Kommunisten: Das ist ja fabelhaft!) Das ist nicht selbsthaft, aber das wird von denjenigen im besetzten Gebiet gerühmt werden, für die sechs oder acht Wochen eine Rolle spielen. (Beifall der Völkischen.) Wenn die Rechte sagt, die Gerechtigkeit hätte die sofortige Räumung erfordert, so klagt das festlich im Grunde von Reuten, die sonst immer betonen, daß sich die Entwicklung der Geschichte nicht nach Theorien, sondern nach den realen Sachverhältnissen richtet. (Sehr gut.) Herrriot wollte uns durch die sofortige Räumung von Offenburg und Appenweier einen sichtbaren Beweis seines guten Willens geben und er hat kein Wort gehalten. Das anzuerkennen nehme ich keinen Anstand. (Geschrei der Völkischen; Beifall der Mehrheit.) Wir können Außenpolitik nicht so treiben, daß wir immer den Gegner als moralischschuldig schult bezeichnen. Die Rechte hat immer behauptet, Frankreich werde vom Poincarismus nicht lassen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Londoner Vertrag ist jedenfalls kein Ausfluß des Poincarismus.

(Widerpruch rechts, Beifall bei der Mehrheit.) Es besteht gar kein Zweifel daran, daß der 15. August 1923 der allerletzte Termin für die militärische Räumung des Ruhrgebiets ist. (Rechts: Ausrufen!) Sie (nach rechts) geben ja das beste Material denjenigen Leuten in Frankreich, die an der Räumungsfrage herumdeuteln wollen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Der Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete ist mit London noch nicht beendet, sondern er hat dort begonnen. (Beifall der Völkischen.) Die heutige Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, auf eine Beschleunigung der Räumung hinzuwirken; sie handelt damit nicht nur im Einklang mit dem bekannten Brief MacDonalds, sondern auch mit den Erklärungen Herriots. Es ist ganz falsch, zu behaupten, das Ruhrgebiet bleibe noch ein volles Jahr besetzt. Es ist ein unbefriedigender Erfolg, daß ein ganz bestimmter äußerster Endtermin für die Befreiung erreicht worden ist. Was den Leuten, die das erreicht haben, sollte man nicht mit den Worten der „Bommerischen Tagespost“ sagen: „Los von den Landesverrätern!“ (Entrüstungsstimmung der Völkischen.) Die Reichsbefugnisse der Reparationskommission, unter denen Deutschland so schwer gelitten hat, sind durch den Londoner Vertrag durchaus verändert. Frankreich hat dort nicht mehr die entscheidende Mehrheit. Die Hinzuziehung des Amerikaners ist auch deshalb für uns von Bedeutung, weil der Völkischer Staat Amerika ein wirtschaftliches Interesse hat an dem Wohlergehen seines Schutzbundes Deutschland. (Zustimmung.)

In der Sanktionsfrage sind wesentliche Erleichterungen des Schiedsgerichts für alle diese Fragen. Das ist doch ein ganz anderer Geist als der des Diktats, unter dem wir bisher gelitten haben. (Zuruf rechts: Aber in den Schiedsgerichten sitzen Franzosen und Belgier!) Sie würden wohl ein Schiedsgericht aus lauter Deutschen erwählen haben! (Stimmliche Heiterkeit.)

Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer Vertrauenskrise des Ansehens. Deutschlands Wirtschaftsinstrument ist zum Glück durchaus intakt, aber es laufen jetzt in der Wirtschaft einmündig Goldmünzen als kurzfristige Anleihe, die durchaus von der Erledigung des Gutachten abhängen. Die Mitglieder des Reichsverbandes

des deutschen Industrie, die politisch meist weit rechts stehen, haben sich gewiß nicht aus Gefühlsgründen für den Dawes-Plan ausgesprochen, sondern weil der Verband es ihnen gebot.

Das Ruhrgebiet hört auf, die Reparationsprovinz zu sein.

(Rechts: Ganz Deutschland wird Reparationsprovinz!) Ja, und das soll so sein: ganz Deutschland hat die Pflicht, für die Reparationskosten zu haften, es darf das nicht der Bevölkerung des besetzten Gebiets allein überlassen. (Beifall der Völkischen.) Mit Zustimmung der Rechten wollte schon das Kabinett Cuno aus der Spezialschuld des Ruhrgebiets eine Generalschuld des Deutschen Reiches machen. Zum Segen des besetzten Gebiets haben wir das jetzt erreicht. (Beifall der Völkischen und Handklopfen der Mehrheit.) Von Versailles bis London war ein weiter Weg der Demütigung. London ist nicht der Schluß, es soll der Anfang sein einer Entwicklung, deren Ziel das Ende der nationalen Isolierung und der Beginn einer neuen Ära der Verständigung der Völker ist. (Beifall der Völkischen und Handklopfen der Mehrheit, vereintes Zischen der Nationalisten, Hakenkreuzler und Kommunisten.)

Präsident Wallat stellt fest, daß damit der erste Punkt der Tagesordnung erledigt sei.

Abgeordneter Raab (Komm.) versucht inzwischen, ohne das Wort erhalten zu haben, die sofortige Besprechung der Regierungserklärungen zu beantragen. Der Präsident erklärt dazu, er sei berechtigt, das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen oder zu verweigern.

Abg. Koch-Breit (Dem.) erklärt zugleich im Namen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Demokratischen Partei, diese Parteien seien einig darin, jede Maßnahme des Präsidenten zu unterstützen, die er zur Wahrung der Ordnung und des Hausrechts ergreift. (Beifall der Mehrheit, Lärm der Kommunisten.)

Die Abgg. Schulz (Drais.) und Leicht (Bayer. Wp.) schließen sich für ihre Fraktionen der Erklärung Kochs an. Präsident Wallat erklärt, er sehe nun, daß er das Haus hinter sich habe und werde nach den hier ausgeprochenen Grundgedanken verfahren.

Hierauf wird ohne Aussprache der Einspruch des Abg. Dr. Schwarz gegen seine Ausschließung abgelehnt; nur die Kommunisten stimmen für die Ausschließung.

Präsident Wallat schlägt vor, die nächste Sitzung Montag 12 Uhr mittags abzuhalten mit der Tagesordnung: Erste und zweite Lesung der Gutachtenfrage.

Der Präsident schlug Vertagung bis Montag mittags 12 Uhr vor mit der Tagesordnung: Erste und zweite Lesung der Sachverständigenfrage. Gegen die Ansetzung der zweiten Lesung erhob der Deutschnationale Schutz Widerspruch. Er verlangte, daß der Reichstag noch die Zollvorlage und das Gesetz über den Beamtenabbau erledigen solle. Auch der Kommunist Raab widersprach und forderte, wie gestern schon, die Behandlung des kommunalistischen Sozialisierungsantrags, der bayerischen Inflationssage und anderer kommunalistischer Anträge.

Der Volkspartei-Curtius erklärte sich mit der Tagesordnung einverstanden, ließ aber durchblicken, daß seine Partei gegen die Behandlung der Zollvorlage in dem heutigen Reichstag nichts einzuwenden habe.

Müller-Franke bezeichnete den kommunalistischen Sozialisierungsantrag als einen gemeinen Volksbetrug. Er verwahrte sich, die Beratung der Zollvorlage in Aussicht zu nehmen, da diese Vorlagen dem Hause noch gar nicht zugegangen seien. Die sozialdemokratische Fraktion werde die Einhaltung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen erzwingen. Die Sozialdemokratie sei ferner damit einverstanden, daß unmittelbar nach der Erledigung der Sachverständigenfrage die bayerische Inflationssage beraten werde, auch sollte sie sich danach, den kommunalistischen Sozialisierungsantrag einmal vor aller Öffentlichkeit zu erläutern. Die Kommunisten hätten es selbst in der Hand, die Beratungen zu beschleunigen, indem sie ihnen keine Hindernisse in den Weg legen.

Alle diese Anträge werden abgelehnt; es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 1 Uhr mittags.

Abgelehnte Landtagsauflösung.

Braunschweig, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Der braunschweigische Landtag beschloß sich am Dienstag mit einem Antrag über die Auflösung des Landtages. Das Ministerium empfahl die Ablehnung. Da von 60 Abgeordneten nur 32 erschienen waren, konnte die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit nicht zustandekommen. Der Antrag galt damit als abgelehnt. Jetzt wird der Volkenscheid über die Auflösung des Landtages entschieden.

Léon Blums Triumph.

Nachtigung der französischen Kammer.

Paris, 23. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussprache über die Ergebnisse der Londoner Konferenz, der die Kammer am Freitag nicht weniger als drei Sitzungen gewidmet hat, von denen die letzte sich bis zwei Uhr morgens hinzog, erreichte ihren Höhepunkt in der Rede des sozialistischen Abg. Léon Blum, die selbst den politischen Gegner

rückhaltlos bewunderte

abnötigt. Sie stellte eine vernichtende Kritik an der Politik Poincarés dar und wies mit unerbittlicher Logik und mit der überzeugenden Kraft ihrer Argumente, die den „nationalen Blod“ verstummen ließ, nach, daß das Ruhrabenteuer die einzige Ursache für die wirtschaftliche und finanzielle Krise sei, unter der Europa und vor allem Frankreich leide. Die Ergebnisse der Londoner Konferenz, die er als die sinnfälligste Beurteilung der Politik Poincarés bezeichnete, ließ Léon Blum rückhaltlos gut. Nicht, weil sie Frankreich eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage brächten, sondern weil sie auf Grund einer wirtschaftlichen Verständigung zustandekommen seien, die endlich den Vätern gestatte, das normale Leben wieder aufzunehmen und in Ruhe und Frieden zu arbeiten.

Die gesamten Morgenblätter verließen sich nicht der Anerkennung der Unübertrefflichkeit der Darlegungen Blums, und selbst die Organe der Rechtsparteien sprechen von einem Triumph, den der Führer der französischen Sozialisten am Freitag in der Kammer erzielt habe. „Léon Blum“, schreibt das „Deuote“, hat gestern als ein

Staatsmann in des Wortes wahrster Bedeutung

gesprochen, und seine Rede läßt erneut den Beifall der sozialistischen Fraktion bebauern, der die Regierung solcher Mitarbeiter bebraut. Klarer, vollständiger und einleuchtender, als es Blum gestern getan hat, konnte der Umschwung, den die französische Politik seit dem 11. Mai erfahren hat, nicht herausgearbeitet werden.“ „Le Roublet“ meint, Léon Blum habe sich gestern als der berufene Führer des Kartells der Linken erwiesen, nicht nur durch seine unergreifliche Beredsamkeit, seine überzeugende Dialektik, die Kraft und den Reichtum seiner Beweisführung, sondern vor allem durch die Klarheit seiner von ihm vertretenen Doktrin, durch den Schwung seiner Ideen und den überlegenen Weitblick bei der Darlegung dessen, was er

die sozialistische Diplomatie

nennt und was in Wirklichkeit die demokratische Auffassung von der Politik der internationalen Beziehungen ist. Blum habe Herriot am Freitag einer unschätzbaren Dienst geleistet, indem er die Londoner Verhandlungen aus dem Schatten und aus der Dunkelheit herausgehoben habe, die deren Erfolg bisher dem Dichte entzogen hätten, und indem er der alten Mehrheit und ihren Führern das ganze Gewicht ihrer erdrückenden Verantwortung vor Augen geführt habe. Der „Quotidien“ meint: „Man wird nach der Rede Léon Blums nicht mehr behaupten können, daß die Linke der großen politischen Führer entbehre. Blum habe sich über sich selbst erhoben, und über die Rede, die er gestern gehalten hat, würde selbst

sein Lehrer und Meister Jaurès

hieß gewesen sein. Selbst der „Figaro“ schreibt: Man müsse keinen Sinn für Wahrheit und kein ästhetisches Gefühl haben, wenn man die Stärke und überzeugende Wucht dieser Rede, die gefährliche Geschicklichkeit ihrer Dialektik und ihre Feinheiten leugnen wollte. Sie sei in Wirklichkeit ein glänzendes Plaidoyer für Herriot und ein vernichtendes Urteil über die Politik Poincarés gewesen.

Die Nachtigung der Kammer.

Paris, 23. August. (U.) Die Nachtigung der Kammer führte zu einer außerordentlich bewegten Debatte über das Sicherungsproblem. Es kam zu wiederholter Interventionen Briand's. Auf der Rebnerrückbank stand Oberst Fabry, der im letzten Kabinett Polycarés Kolonialminister war. Redner wünschte von Herriot zu erfahren, ob er in London keinerlei Verpflichtungen über das Datum der Räumung des von den internationalen Truppen besetzten Gebiets teils eingegangen sei. Außerdem drängte er kategorisch darauf, daß Herriot während seines bevorstehenden Aufenthaltes in Genf keinerlei Verpflichtungen übernehme. Redner beschäftigte sich weiter mit dem Brief MacDonalds vom 16. August und erklärte: „Der Verfall der Vertrag hatte uns bereits dreierlei Arten von Sicherungsgarantien an die Hand gegeben: die Abrüstung Deutschlands, die Befreiung des Rheinlandes und die Garantiepakte. Dieses System hat jedoch nur dann Wert, wenn es vollständig zur Anwendung gelangt. Was ist davon übrig geblieben. Zur Abrüstung muß festgestellt

werden, daß die Militärkontrolle seit zwei Jahren überhaupt völlig unterbrochen ist.“ In diesem Augenblick ergreift

Briand

das Wort zu einer kurzen, aber kräftigen Ansprache, die auf die Anwesenden tiefen Eindruck machte. Er sagte:

„Der große Uebelstand seit dem Frieden besteht darin, daß man dem französischen Volke, das es durch seine ungeheuren Opfer wahrlich nicht verdient hätte, zu wenig Vertrauen entgegenbringt und daß man ihm Hoffnungen einflößt, hinter denen die Wirklichkeit weit zurück bleibt. Man hat immer erneut versichert, daß die Reparationen gezahlt würden. Man hat es getuschelt. Briand erinnerte daran, daß die internationalisierte Militärkontrolle, als sie ihrer Tätigkeit nachging, die Abrüstung Deutschlands durchgeführt habe.“ Deutschland war zu dem Augenblick nicht in der Lage, einen Gewaltstreik zu unternehmen. Die Kontrolle mußte dann aber wegen der Ruhrbesetzung eingestellt werden. Roginot rief dazwischen, daß die Militärkontrolle bereits drei Monate vor der Besetzung der Ruhr ausgeübt werden mußte. Briand gab dies zu, hob aber hervor, daß die Veränderung in der Politik Frankreichs, die zu diesem Augenblick bereits eingeleitet habe, daran schuld sei. Frankreich habe bis dahin im Einverständnis mit seinen Verbündeten gehandelt. Briand fuhr fort: „Bedenkt, wenn Frankreich sich allein fand, was es einer Katastrophe ausgesetzt. Die Gefahr kam nur von einer Isolierung her. Die Inflation zur Gewalt angelegtes eines widerpenstigen Schutzmanns führt schon an und für sich zu einer Reihe von Operationen. Dann trat der Augenblick ein, in dem man die Gewalt allein anwenden wollte. Man begegnete aber unerwartetem Widerstande, und die Situation verschärfte sich immer mehr. Die Militärkontrolle kann nur auf dem Wege einer Verständigung mit unseren Verbündeten wieder aufgenommen werden. Wenn die Militärkontrolle Frankreichs angebaut hätte, so hätte sie uns zum Kriege führen können. Was wäre geschehen, wenn unter dem Einfluß der nationalen Elemente, während wir die Ruhr besetzt hielten, ein Ueberfall auf unsere Posten erfolgt und Blut vergossen worden wäre? (Beifall der Bewegung.)“

Ich beglückwünsche mich dazu, daß wir aus dieser geradezu bedrückenden Situation herausgekommen sind.

(Erneute Bewegung.) Lassen Sie doch von meist heimliche Schilone, Goldmark oder Papiermark, was ist das, wenn das Leben von Hunderttausenden von Menschen auf dem Spiele stehen würde.“ Die Worte Briand's lösten lebhafteste Proteste auf der Rechten aus und schließlich gingen sie im Lärm verloren. Zum Schluß sagte Briand: „Was für ein Mißgeschick wir auch immer mit den Reparationen haben, ich beglückwünsche die Regierung dazu, weil sie das Einvernehmen zwischen den Verbündeten wieder herzustellen wolle, gebe ich ihr aus ganzem Herzen meine Stimme.“ (Sanganhaltender Beifall auf den Bänken der Mehrheit.)

Fabry wünschte darauf zu erfahren, ob die Ueberwachung der Rüstungen in den Arsenalen der Ruhr auch nach der Räumung fortgesetzt werden wird. General Rollet erklärte, daß die Kontrolle auch nach der Räumung weiter bestehen werde. Schließlich ergreift

Herriot

nach einmal das Wort, um den verschiedenen Interpellanten zu antworten. Er sagte: „Keine Partei kann das Monopol der Sicherheit für sich in Anspruch nehmen. Wenn es sich darum handelt, die Rüstungen Deutschlands zu kontrollieren, so sind die stärksten Interessen stets aus der Waale gekommen. Wir liegt die Sicherheit Frankreichs ebenso am Herzen, wie nur irgend jemandem. Ich habe erklärt, daß man alle Spuren der deutschen Restaltität ausrotten muß, die Frankreichs zugrunde zu richten trachten. Im übrigen kann man aber eine Nation nicht unterdrücken. Ein hegreiches Volk muß einem Besiegten gegenüber eine Politik befolgen, die seinen Drang nach Frieden fördere, wie auch seine kriegerischen Gelüste bekämpfe. Napoleon mußte es erleben, weil er diese Wahrheit erkannte, daß Deutschland sich gegen ihn aufrichtete, daselbe Deutschland, das er besiegt glaubte, weil er es lediglich unterdrückt hatte. Wenn er in den Ebenen der Champagne deutsche Regionen bekämpfen mußte, so geschah es durch eigene Schuld. Dahin kommt man, wenn man einem Volk sein Daseinsrecht abspricht.“ Zum Schluß erklärte Herriot: „Wir werden Deutschland überwachen, aber wenn das alte kriegerische Deutschland zugrunde gehen muß, so wollen wir Republikaner (Herriot wendet sich zu der Rechten), die nicht weniger Franzosen sind als Sie, meine Herren, daß

das neue Deutschland sich aufrichten

kann.“ (Die Linke bringt Herriot langanhaltende Ovationen dar.) Der nächste Interpellant beantragte Vertagung auf heute früh. Dem widersetzte sich die Mehrheit mit 305 gegen 206 Stimmen. Die Worte des Interpellanten, der dann an der Reihe ist, finden nur geringe Beachtung. Immerhin gaben seine Ausführungen Herriot Anlaß zu der Mitteilung, daß er einen Text ausarbeiten lasse, wonach die deutschen Waren, die künftig nach Frankreich eingeführt werden, einer Abgabe von 26 Prozent unterliegen, wie in England. Schließlich wurde die Fortsetzung der Diskussion auf heute früh vertagt.

Die Tötung der Geliebten. Ein seltsamer Schuß und seine Folgen.

Das große Schöffengericht Charlottenburg hat die einen aufsehenerregenden Prozeß zu erledigen. Es handelt sich um eine Anklage wegen schuldigster Tötung der unverheirateten Marie Rajewski in Wilmersdorf, eine Angelegenheit, die sich im Dezember v. J. abspielte und ursprünglich als Mord angesehen wurde.

Auf der Anklagebank sitzt der jugendliche Kaufmann Kurt Rogschmar, der die Geliebte der Rajewski gewesen ist. Gemeinsam hat sich seine Mutter, Frau Alma Marie Kunster zu verantworten, letztere aber nur wegen Beiseiteziehung einer Leiche. Die Verhandlung, die Landgerichtsdirektor Brennhäuser leitet, erleidet zunächst eine kleine Verzögerung. Der Vorsitzende teilt mit, daß Frau Kunster nicht erscheinen wird, weil sie krank sei. Hierauf geht der Beschuldigte mit dem Angeklagten, der seinen besonders aufgeweckten Eindruck macht und so leise spricht, daß er die Anklagebank verlassen muß und vor den Richter tritt, kein ganzes Wort über die Einzelheiten der Tat, die am 3. Dezember verübt wurde, durch. Es ergibt sich dabei, daß der Angeklagte in außerordentlich raffinierter Weise bemüht gewesen sei, den Verdacht von sich abzuwälzen, nachdem in seinem Zimmer der trockene Borstfisch gefunden war. Als Angehörige der Rajewski kamen, hatte er ihnen eine falsche Auskunft gegeben und hatte die Leiche geholt, die Leiche auf einem Friedhof in Pöppelsee zu vergraben. Aber auf den Rat seiner Mutter ist er dann nach Voelich gefahren, wo sich geeignete Schonungen befinden. Dort ist die Leiche auch verchartert worden. Nachdem die Rajewski in den Armen des Angeklagten verblutet war, hatte er noch die Stirn, die Leiche zunächst in einem Teppich zu wickeln, über Nacht in seinem Zimmer liegen zu lassen. Am nächsten Morgen hat er dann seine Mutter geholt und darin abends um 1/2 Uhr die Leiche fortgebracht. Die Tat selbst schildert der Angeklagte so, daß es sich um einen unglücklichen Zufall handelte. Er habe als Ein- und Verkäufer der Firma Seidel und Lehmann gutes Geld verdient. Rogschmar schildert, daß er in seinem Zimmer der Rajewski gegenüber saß. Er wollte nun die Waffe auf einen neben der Geöffneten stehenden Tisch legen, wobei der Schuß losging und die Rajewski in die Stirn traf. Der Angeklagte will sich den ganzen Verfall nur so erklären, daß er entgegen seiner Gewohnheit als er mit der Rajewski über den Hof nach Hause kam, die Waffe nicht gesichert habe und bei der halbkreisförmigen Bewegung, als er die Pistole fortlegte, durch einen reinen Zufall diese sich entlud. — Vorf.: Und Ihr Verhalten nach der Tat? — Angeklagter: Ich wurde ganz kopflos, als ich die stark blutende Rajewski in meinen Armen aufging und wollte zuerst zur Polizei laufen, fand aber keine Ruhe hierzu und bin dann schließlich in einer Eile zum Friedhof gefahren. — Vorf.: Dort fanden Sie also Ruhe? Es ist zwar etwas eigenartig, mag aber Ihrem Geschmack entsprechen. — Auf Veranlassung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Brennhäuser, wird im Gerichtssaal das Zimmer des Angeklagten, das er bei der Tat bewohnte, einigermassen hergestellt. Anklagebank, Verteidiger, sowie die Bänke der Sachverständigen, unter denen sich auch Geh. Rat Dr. Straßmann und Geh. Rat Dr. Dyrrenfurth befinden, bilden das Mobiliar. Der Angeklagte muß in die Tasche greifen und zückt eine Pseudopistole auf den Verteidiger, der die Ge- tödte baryustellen hat.

Mordversuch und Selbstmord.

Der 30jährige Walter Alsterküdt, Neußölln, Berliner Straße 59, schoß heute morgen aus Eifer such auf seine Braut Gertrud Liebs, die im selben Hause wohnte, und verletzte sie schwer. Er lief dann in seine Wohnung, wo er sich selbst einen Schuß beibrachte. Der Arzt der Rettungsstelle 5 Neußölln leitete die erste Hilfe. Frau Liebs wurde mit einer schweren Kopf- wunde im Krankenhaus vom Rettungsamt in das Neußöllner Krankenhaus gebracht. Bei A. konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Die Feuerbestattung einst und jetzt.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung (Bau Berlin) hatte sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, in der „Neuen Welt“ den Film „Die Feuerbestattung vom Altertum bis zur Neuzeit“ vorzuführen zu lassen. Nach einem einleitenden Vortrag des Vorsitzenden Genossen Küderl, der die freigeistigen Bestrebungen der bereits 400 000 Mitglieder zählenden Organisation erläuterte, zeigte der zum erstenmal mit eigenem Apparat vorgeführte Film eine Feuerbestattung im alten Rom, die man nur würdigen Deuten gewährte. Verbrecher wurden der Erde überlassen. Die Anhänger der Platonreligion bedienten sich der „Lärme des Säureigens“, wo die Vögel die Leichen fraßen. Es folgten die bekannte indische und eine Keilerverbrennung im Mittelalter. Dann bewies der feststehende Film die Nachteile der unhygienischen Kirchhöfe, die man heute als Spielplätze viel besser verwenden könnte. Geschmackvolle Urnenbaine wären gleichzeitig Erholungsstätten inmitten der stetig wachsenden Großstadt. Der zweite Teil brachte eine neuzeitliche Feuerbestattung, bei der Gen. Adolf Hoffmann die Rede hielt, besonders interessant, weil man den Verbrennungsprozeß vom Abholen des Einheits- farges bis zur Einkapselung der Aschenreste beobachten konnte. Hervorgehoben sei, daß die Organisation ein eigenes Sägewerk, eine Sargfabrik und Wäscherei besitzt. Im dritten Teil sehen wir die deutschen Krematorien — Italien weist die meisten auf, die Schweiz und England stehen an zweiter und dritter Stelle — mit ihren prachtvollen Urnenbainen, Hamburg-Ohlsdorf allen voran; das größte deutsche Krematorium finden wir in Leipzig, das erste in Gotha, wo sich auch die Urne des Borkämpfers Etler befindet. Stimmungsvolle Vorträge des Neußöllner Sängerkorps wie eines dem Verein angeschlossenen Musikerverttes gaben dem Abend einen würdigen Rahmen.

Protest der Kleingärtner vom Prenzlauer Berg.

In der gestern abend vom Reichsverband der deutschen Kleingärtnervereine abgehaltenen Protestversammlung sprachen als Redner Gerolf Kurbis vom Prenzlauer Berg, Stadtrat Genosse Weber und außerdem der Leiter des Kleingärtnerverbandes Otto. In der einstimmig angenommenen Resolution wurde scharfer Protest erhoben gegen die Verwirklichung des Planes des Magistrats, nach dem das gesamte Gelände zwischen Aniprodstraße und der

Landsberger Allee an eine ausländische Gesellschaft ver- pachtet werden soll. Die Gründe sind für die Kleingärtner wie für die anliegende Anwohnerschaft von erster Linie soziale. Es ist zu bemerken, daß die Veranlassung von etwa 2000 Kleingärtnern sowie Anwohnern des Bezirks Prenzlauer Berg besetzt worden ist.

Die gestrige Kundgebung in der Stadthalle für die politische Amnestie Felix Friedenbachs und Erich Mühlhans arbeiter in eine rein kommunistische Agitationsversammlung aus. Statt für die Opfer des kommunistischen Terrorismus einzutreten, kämpfte und tobte man in der bekannten lächerlichen Weise gegen die Sozial- demokratie. Die Folge war, daß ein Teil der Anwesenden lange vor Schluß der Veranstaltung den Saal verließ. Als Kuriosität sei noch mitgeteilt, daß Dr. R. Hiller, E. Rabold und E. Toller, die als Redner vorgelesen waren, ihr Fernbleiben schriftlich entschuldigt hatten.

Der Tod aus unglücklicher Liebe. In den späten Nachmittags- stunden stürzte sich gestern ein junger Mann am Kronprinz- ufer in die Spree. Passanten hatten beobachtet, wie er kurz zuvor mit einem jungen Mädchen eine erregte Auseinandersetzung gehabt hatte. Als das Mädchen ihm den Rücken wandte und ihm folgen ließ, schwang er sich mit einem Satz über das Geländer ins Wasser. Sofort herbeigerufene Polizei und der Reichs- wasserschutz konnten den jungen Mann nur noch als Leiche bergen. Wie festgestellt wurde, ist es der 21 Jahre alte Schuhmacher Otto Benz aus der Wilhelmstraße. Die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht.

Neuer Elternverlesung. Die Eltern, die ihre Kinder in das Er- holungsheim Reck verbracht hatten, verammelten sich Freitag, den 29. August, im „Nagelheim des Orens“, Große Frankfurter Str. 16, Pöppelsee, 7 1/2 Uhr. Es findet eine Besprechung wirtschaftlicher und erzieherischer Fragen des Heims statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Zunächst überwiegend bewölkt ohne wesentliche Niederschläge. Später langsame Aufhellung bei wenig geänderter Temperatur. Deutschland: Im Süden und Westen Nachlässe der Regengüsse und langsame Aufhellung, im Osten leichte Niederschläge.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 127. Abt. Reinolden-Bez. Heute abend gemütliches Beisammensein im Volkshaus, Schornbrücke 114.
- Rosenfelder Bezirk. Sonntag 1/2 8 Uhr. Stettiner Vorortbahnhof, Fahrt mit der Parteilinie nach Quilow.
- Jungfernstädt. Gruppe Nordost. Sonntag früh 9 1/2 Uhr. Bahnhof Alexanderpl. Fahrt nach Prenzlauer Berg zum Jungfernstädt. Treffpunkt. — Gruppe Süd. Treffpunkt für die Fahrt im S-Bahn nach Prenzlauer Berg. Sonntag, früh um 1/2 8 Uhr. Schleißer-Bezirk. S-Bahnstation. — Gruppe Südwest. Treffen. Sonntag, Wanderung nach dem Rindberg. — Treffpunkt früh 9 1/2 Uhr. Bahnhof Stralau-Kummelsburg, Eingang SonntagstraÙe.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III. Kameradschaft 17. Völkischer einseit. Vortragsabend. Sonntag, den 24. August, Treffpunkt 9 45 Uhr vormittags, Schule Leopoldstraße. — Jugendgruppe: 9 Uhr vormittags, Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Beteiligung am Schulfest in Sedow.

Sport.

V. Rhön-Segelflug-Wettbewerb.

Fliegerlager Wasserkuppe, 22. August. Die Meteorologen haben recht behalten, wenn sie Wetterumschlag für heute mittag voraus- gesagt haben. Es starteten gegen 3 Uhr der Emdeder „Sorgenkind“ der fliegende Vereinigung Zwickau zweimal zu kurzen Sprün- gen zum erstenmal auf der Rhön. Der Emdeder hat 9,3 Meter Spannweite bei 12,3 Quadratmeter Flügelinhalt. Der Emdeder- hochdecker des Modells und Segelflugvereins Fulda, in den Fuldaer Stadtschreiber Grün-Weiß gebautes, mit 14 Meter Spannweite und 15 Quadratmeter Flügelinhalt machte ebenfalls seinen ersten Sprung, der bei der Landung allerdings die Festigkeit des Segelflügers be- weisen konnte. „Habicht“ unter Hehen unternahm in Höhe von ungefähr 200 Metern einen längeren, circa 20 Minuten-Flug mit seinem Siemens-Motor-Segelflüger. Kurz vor 5 Uhr stieg Ude mit seinem U. B. 7 Kolibri und englischen Douglas-Motor, 4 1/2 PS, ebenfalls zu seinem ersten Flug auf der Rhön auf zu längerem Flug. Sein rotes Segelflugzeug hat 10 Meter Spannweite und 12 1/2 Quadratmeter Flügelinhalt. Auch Martens auf seinem neuen Apparat „Windhund“, Tragflächen in Trägerform, startete, überflog sich bei der Landung, ohne selber Schaden zu nehmen, nur der Propeller zerbrach. Hoffentlich läßt sich dieser Schaden bis Sonntag zum Heberanflug nach Rißfing wiederherstellen. „Graf Adolf v. Berg“ des Elberfelder Luftfahrt-Vereins, Emdeder, 14,60 Meter Spannweite, 18,2 Quadratmeter Flügelinhalt, profitierte bei seinem ersten Flug auf der Rhön sofort nach dem Aufstieg wieder, ohne irgendwelchen Schaden zu nehmen.

Theater der Woche.

Vom 24. August bis 1. September 1924.

Vollst. Bühnen: Die Geisha. — Deutsches Theater: Mithras. — Kammer- spiele: Das Zeichen an der Tür. — Deutsches Theater: Wien als es war. — Theater in der Königgrätzer Straße: Ab 20. Haus Sonnenhörschen Höllensicht. — Schiller-Theater: Die Frau ohne Ruh. — Großes Schauspielhaus: Die zehn Gebote. Film. — Oper am Königplatz: Volend. — Renaissanz-Theater: Gensler und Tullia. — Deutsches Künstlertheater: Osele Bernabò. — Romantischer Hof: Mein Vetter Oswald. — Berliner Theater: Ab 20. Der alte Kocler. — Krieger-Theater: Der Familienkass. — Theater in der Kammarsbastei: Ab 24. bis 28. Geschlossen. 29. Vereinsvorstellung. Ab 30. Wälder Glöckchen. — Französisches Theater: Bis 27. geschlossen. Ab 28. Gilles und Joanne. — Schillerhaus: Der Teufelsbraten. — Metro- polit-Theater: Rosette. — Theater am Kurfürstendamm: 7 1/2 Uhr Der Wermolt. 10 Uhr Wermolt. — Julines Theater: Der Abt. Rastlichter. Der Besch. — Berliner Theater: Der ungetreue Odebrecht. — Koll-Theater: Komische Sünden. — Koll-Theater: Komische Sünden. — Theater im Schützenplatz: Noch und noch! Nachmittagsvorstellungen: Schiller-Theater: 24. Die zehn Gebote.

Gewerkschaftsbewegung Maschinen und Heizer.

Der Zentralverband der Maschinen und Heizer sowie Berufs- genossen Deutschlands hat einen 250 Druckseiten umfassenden Ge- schäftsbericht für die Jahre 1921, 1922 und 1923 herausgegeben. Der Bericht wird für die Verhandlungen des am Montag in Breslau be- ginnenden Verbandstages als Grundlage dienen. Der höchste Mitgliedsstand des Verbandes war im 4. Quartal 1922 mit 111 499 zu verzeichnen, der niedrigste Stand im 4. Quartal 1923 mit 65 995. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl: 1921: 89 943, 1922: 100 927, 1923: 92 013. Die Organisation ist am stärksten in Berlin, der Provinz Brandenburg, im Rheinland, im Freistaat Sachsen und den Provinzen Westfalen und Sachsen-Anhalt vertreten. Der Verbandsbeitrag ist es gelungen, die Anzahl der Zah- lenden von 278 bei 87 920 Mitgliedern zu Beginn des Berichtsjahrs bis auf 22 zusammenzufassen.

Neben seinem gut ausgebildeten Unterstützungsweesen läßt der Verband sich die Berufsschulung (in Heizerschulen), wie auch die Förderung des Bildungswesens besonders ange- legen sein; dabei auch sein Zeitungsweesen. Es war daher für den Verband in der Inflationszeit besonders schmerzhaft, daß er sich schließlich auf sein „Mitteilungsblatt“ beschränken mußte. Neben dem Verbandsorgan „Deutscher Maschinist und Heizer“ er- scheint wieder 14tägig das fachtechnische Organ „Die Energie“. Auch der „Schiffsmaschinist“ ist neu entstanden, während der „Bergbau“ noch ruht. Die Redaktion des Verbandsorgans war in der glücklichen Lage, sich nur in seltenen Fällen gegen zerstörende Tendenzen wenden zu müssen.

Der Verband vertritt seine Anerkennung als 16. Industrie- gruppe. Die vor dem Krieg aufgeworfene Frage der Verschmel- zung mit dem Metallarbeiterverband scheiterte daran, daß für das Weiterbestehen des technischen Organs des Verbandes keine Garantie geboten werden konnte. Eine besondere Förderung der Organisation ist seine Beteiligung an der Dampfkesse- revision durch die Dampfkesseüberwachungsvereine. Diese För- derung ist vom preussischen Handelsministerium als berechtigt an- erkannt, doch ist sie von den Unternehmern noch stark umstritten. Größeren Erfolg hatte der Verband auf dem Gebiete der Schulaus- schüsse für Heizerfachschulen. Auch um die Schaffung von Fortbildungsinstituten ist er eifrig bemüht. Als Betriebsräte fungieren insgesamt 2237 Verbandsmitglieder.

In das Jahr 1924 hat der Verband 244 Tarifverträge für 26 487 Betriebe mit 2 192 352 Beschäftigten übernommen, worunter 97 304 Mitglieder, so daß die Mitglieder fast ausnahmslos unter tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten. Von Arbeits- losigkeit und Kurzarbeit sind die Maschinen und Heizer verhältnis- mäßig nur wenig betroffen; allein durch die Ruhrbeziehung wurde mehr als der dritte Teil der Mitglieder betroffen. Ende 1923 waren 153 von 1000 Mitgliedern arbeitslos und 163 von 1000 in Kurzarbeit.

Der Bericht gibt eine tabellarische Darstellung der Arbeitskämpfe und wendet sich dann seiner Reichssekktion der Maschinen- betriebsbeamten, Angestellten und Anwärter zu und seinen einzelnen Fachgruppen im Reichs- und Staatswasserbau, im Bergbau, der Metallindustrie, den Großschiffswerften — wo er es u. a. auch mit der „Norddeutschen Gruppe“ zu tun bekam —, in der Seeschiffahrt und der Hochseefischerei, der Binnenschiffahrt und Personenschiffahrt, den Hafenbetrieben, dem Baugewerbe, der chemischen Industrie, der Papier- und sonstigen Industrien.

Alles in allem bietet der Bericht ein anschauliches Bild der regen, umfassenden und erfolgreichen Tätigkeit des Verbandes.

Lohnschießspruch für die Buchdrucker.

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: In der Nacht vom 22. zum 23. August sollte ein vom Reichsarbeitsministerium ein- geführter Schlichtungsausschuss einen Schlichtungspruch dahin, daß der bisherige Lohn bis zum 3. Oktober unverändert fortbesteht. Für das besetzte Gebiet von Rheinland und Westfalen ist ein Abbau der Sonderzulage ab 20. September stufenweise festgesetzt.

Neue Lohnregelung für Portiers und Hausreinerinnen.

Durch Schlichtungspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin wurden die Lohnsätze der Portiers und Hausreinerinnen in Wohn- häusern der Stadt Berlin ab 1. August 1924 um 7 1/2 Proz. erhöht. Die errechneten Beträge werden auf volle 5 bzw. 10 Pf. nach oben abgerundet. Für Portiers wurde der Lohnsatz auf monatlich 148 M. festgesetzt. Diese neue Lohnregelung kann erstmalig zum 31. August 1924 mit achtzigtägiger Frist gekündigt werden, andernfalls verlängert sie sich um einen weiteren Monat. Der Schlichtungspruch wurde vom Tarifvertragsamt und dem Deutschen Portierverband angenommen.

Arbeitszeitkonferenz in Paris?

Während „Sozialdemokraten“ in Kopenhagen berichtet hatte, daß eine Konferenz der Arbeitsminister wahrscheinlich in Kopen- hagen abgehalten werde, wird jetzt eine Meldung des „Ratin“ verbreitet, wonach demnächst in Paris eine französisch-bel- gisch-deutsche Konferenz stattfinden wird, um die Frage der Ausföhrung des Washingtoner Abkommens über die achtstündige Arbeitszeit zu regeln. In der Konferenz werden die Arbeitsminister der drei Staaten teilnehmen. Nun, der Ort ist Nebensache. Haupt- sache, daß die Konferenz zusammenkommt und vernünftige Be- schlüsse jenseitig fördert.

Die Entlohnungshülfe hat für 1400 Arbeiter keine Hoffnung mehr. Sie will ihren Betrieb einschränken, und zwar — wie sie angibt — aus Mangel an Aufträgen.

Verantwortlich für die Politik: Genl. Weiser; Wirtschaft: Felix Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Frick, Gahrman; Reichsverband: R. S. 24/25; Solales und Sonstiges: Fritz Kahlstädt; Anzeigen: Th. Glaser; Ähnlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angest. dem Verb. sozialer Handwerke
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Ge- regen etc. liefert preis- wert kurzfristig
Holzhausbau Lüttmann
S 24, Lützowstraße 51/53
Nord 9328/21

Volksclothing!
Rosen
für Sport, Beruf und Straße.
Monsieur-Majüge.
Coden- und Gummimantel.
Majüge für Herren u. Frauen.
Gondeln & Coden & Unterhosen.
Für jede Art Ware, billige Preise.

Berufsclothing!
Gerhard Kohlen
Neubild
Hermannstr. 75-77.

Ich verschenke
an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember
Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.
Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & FREIDEL**, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt. Keine Einsendung irgendwelchen Betrages erforderlich. Kein Preisauflschlag. Bedingungen unverbindlich im Laden.
Trauringe
1 Ring 900 Dukaten gold von M. 5,00 an
1 Ring 585 gestemp. von . . M. 4,00 an
1 Ring 333 gestemp. von . . M. 2,50 an
H. Wiese, Juweller
Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12
Preisliste gratis

Sternzwirne, Näh- Twiste
Dosenfüßer, Gummiband, Röhren, Entwi- ller, f. Kurzwaren, meist unter Tagespreis
Göster, Denzstraße 15. Merkur 6389

Dr. Wockenfuß, Spezialarzt
für Syphilis, Harn- und Frauenleiden
Oranienb. Tor.
Friedrichstr. 125 vom 1. Sp. 12-1, 6-7

Mosen-Anders
Beusselstraße 25
Sommerprossen
Seeme 3/4, 133 Jahre
alt, bewährt, seit 1850
in der Provinz
Sachsen bei Ditzsch-Reitzel,
Berlin 40 2, Offen-
bachstraße 4.

Garderobe
in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung
Zwecks Räumung meines Riesenlagers in
Herren-Anzügen, Paletots,
Knaben- und Burschen-Anzügen
gewähre auf sämtliche Preise
20% Rabatt.
Bei genügender Legitimation sofortige
Aushändigung der Ware.
Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Minuten vom Alexanderplatz